

Hauptstadtkulturfinanzierung: Rot-rot riskiert bundesweit alle Sympathien

Von Monika Grütters, MdB

Die lautstarken Forderungen Klaus Wowereits, die Staatsoper komplett an den Bund abzuschieben - schließlich heiße sie nicht Stadtoper - haben nicht nur die Kanzlerin brüskiert. Auch auf parlamentarischer Bundesebene wird nun die bisherige Aufgabenteilung zwischen Bund und Land kritisch hinterfragt. Mit einem Antrag fordert die FDP, die Hauptstadtkulturfinanzierung in einem Staatsvertrag zu regeln. Und auch in der CDU/CSU-Fraktion werden Stimmen laut, die angesichts der nicht nachlassenden Forderungen Berlins die Zuständigkeiten von Land und Bund genau prüfen wollen.

Am 1. Februar 2007 wurde das Thema Hauptstadtfinanzierung im Plenum des Deutschen Bundestages diskutiert. Kritik an der fehlenden Systematik der Hauptstadtfinanzierung des Bundes kam aus allen Fraktionen. Gefordert wird eine Beteiligung der Parlamente bei der Verhandlung eines neuen Staatsvertrages zwischen Berlin und dem Bund. Die Übernahme der Staatsoper durch den Bund wird ohne Rückübertragung anderer Berliner Kultureinrichtungen in die finanzielle Verantwortung des Landes konsequent abgelehnt. Als Berliner Abgeordnete und als Kulturpolitikerin setze ich mich natürlich für die Anerkennung der besonderen kulturpolitischen Bedeutung der Hauptstadt ein. Denn was hier kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gutgeschrieben. Kulturpolitik ist in Berlin immer auch Bundespolitik.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat bewiesen, dass er die Rolle Berlins als Kulturhauptstadt ernst nimmt. Erfolgreich hat er für 2007 die Bereitstellung von Bundesmitteln für die vorgezogene Finanzierung des neuen Empfangsgebäudes auf der Museumsinsel, für den Grundstücksankauf zur Realisierung der Mauergedenkstätte Bernauer Straße oder für die Sanierung der Staatsoper verhandelt. Hoffen wir, dass Rot-Rot in Berlin durch seine undiplomatischen Auftritte und für andere Bundesländer nicht mehr nachvollziehbaren Forderungen die Bundesregierung mit ihrer Hauptstadtfreundlichen Politik nicht dazu zwingt, diesen Forderungen mit einem restriktiveren Kurs zu begegnen.

Aus: Bundestag Aktuell Februar/März 2007